

0608 29. Juni 2016

Pressemitteilung von Sigrid Hupach, Cornelia Möhring, Harald Petzold

Auf Zahlen müssen Taten folgen

„Wir sollten nun endlich den Zahlen Taten folgen lassen und in Auswertung der Studie die dort formulierten Empfehlungen in konkrete Maßnahmen übersetzen. Nur so können wir Gendergerechtigkeit endlich erreichen“, erklären Sigrid Hupach, kulturpolitische Sprecherin, Harald Petzold, medienpolitischer Sprecher, und Cornelia Möhring, frauenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, mit Blick auf die aktuelle Studie „Frauen in Kultur und Medien“ des Deutschen Kulturrates. „Unsere Forderung nach einem Maßnahmenkatalog für mehr Gendergerechtigkeit im Kultur- und Medienbereich wurde im Parlament bisher mit dem Verweis abgelehnt, man müsse erst die Zahlen abwarten. Nun liegt nach zwölf Jahren zum ersten Mal wieder eine Studie mit konkretem Daten- und Zahlenmaterial vor – und zeigt zweierlei: Wie wichtig Gendermonitoring und regelmäßige Berichterstattung zum Arbeitsmarkt Kultur & Medien im Allgemeinen sind und wie groß der Handlungsbedarf im Konkreten ist.“

Sigrid Hupach:

„Sensibilisierung ist wichtig, das zeigt auch die Studie. Aber das allein reicht nicht. Wir müssen uns vor allem daran machen, die Lebens- und Arbeitsbedingungen für Frauen im Kultur- und Medienbereich zu verbessern – und dafür alle bisherigen Förderinstrumente auf den Prüfstand stellen. Es darf doch nicht sein, dass der Gender Pay Gap bei jungen Freiberuflerinnen in den letzten Jahren sogar noch größer geworden ist. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit – das muss auch im Kultur- und Medienbereich eine Selbstverständlichkeit werden.

Nur so wird es uns gelingen, auch das komplexe Thema Altersarmut anzugehen, von der Frauen gerade wegen der schlechten Einkommenssituation und der gebrochenen Erwerbsbiographien im Kultur- und Medienbereich noch stärker betroffen sind als ihre männlichen Kollegen. Die Altersarmut könnte auch ein Schwerpunktthema eines kommenden Berichts sein – denn die vorliegende Studie sagt dazu noch nicht viel.“

Harald Petzold:

„Die Studie belegt eindrucksvoll: Der Frauenanteil unter den Beschäftigten im gesamten Medienbereich entspricht nur dort der gesellschaftlichen Wirklichkeit, wo klare Verabredungen bis hin zu gesetzlichen Vorgaben existieren. Mit anderen Worten: Ohne die verbindliche Quote ändert sich an der Männerdominanz so gut wie gar nichts. Absichtserklärungen und wohlmeinende Selbstverpflichtungen bleiben ohne Wirkung in der Praxis. Auffällig ist dieser Zusammenhang vor allem bei den öffentlich-rechtlichen Sendern. Dort, wo die Quote Pflicht ist, sind Frauen in den Gremien relativ gut vertreten. Ohne eine Verpflichtung bleiben die Männer weitgehend unter sich.

Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Pressesprecher: Michael Schlick, Tel. 030/227-500 16, Mobil 0172/373 13 55

Stellvertretender Pressesprecher: Hanno Harnisch, Tel. 030/227-510 92, Mobil 0171/643 55 24

Telefax 030/227-568 01, pressesprecher@linksfraktion.de, www.linksfraktion.de

PRESSEMITTEILUNG

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

ARD und ZDF unternehmen zwar lobenswerte Anstrengungen, die Frauenförderung der beiden Sender schlägt sich aber noch nicht ausreichend auf den Führungsebenen nieder. Bei den privaten Fernsehsendern liegt die Geschlechtergerechtigkeit, wie in der Studie zu lesen ist, ‚noch in weiter Ferne‘. Nach Auffassung der LINKEN ist eine Offensive für die Quote notwendig, die von den klassischen Printmedien über die Online-Medien bis zum Film reicht. Die nächste Etappe ist die Novelle des Filmförderungsgesetzes. Geht es nach uns, werden in Zukunft 50 Prozent der zur Verfügung stehenden Fördermittel an Projekte von Frauen vergeben.“

Cornelia Möhring:

„Noch immer sind es hauptsächlich Frauen, die die Sorge für Kinder übernehmen und dafür in ihrer Karriere zurückstecken. Das ist im Kultur- und Medienbetrieb nicht anders. Durch die spezifischen Arbeitsbedingungen werden Kinder in den künstlerischen Berufen jedoch häufig zum Problem: Abendvorstellungen und Arbeiten am Stück an Filmsets zum Beispiel stehen einer öffentlichen Kinderbetreuung entgegen, die prekäre Bezahlung jedoch lässt eine private Organisation nicht zu. Für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf kann man aber einiges tun: eine angemessene Vergütung, die Einbeziehung der Familie gerade bei auswärtigen Stipendien und die Aufhebung der Altersgrenzen bei Preisausschreibungen sind nur drei konkrete Ansatzpunkte. Und: Wir müssen an die Rollenbilder ran.“

Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Pressesprecher: Michael Schlick, Tel. 030/227-500 16, Mobil 0172/373 13 55
Stellvertretender Pressesprecher: Hanno Harnisch, Tel. 030/227-510 92, Mobil 0171/643 55 24
Telefax 030/227-568 01, pressesprecher@linksfraktion.de, www.linksfraktion.de